

Parlamentarischer Vorstoss

2019/670

Geschäftstyp:	Motion
Titel:	Auswirkungen des Klimawandels auf die kantonalen Infrastrukturen
Urheber/in:	Laura Grazioli
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	Ackermann, Agostini, Bänziger, Brenzikofer, Brunner Roman, Csontos, Eichenberger, Franke, Fritz, Gosteli, Groelly, Hänggi, Hartmann, Heger, Kirchmayr Klaus, Krebs, Steinemann, Stokar, Strüby, Wicker, Wolf, Zeller
Eingereicht am:	17. Oktober 2019
Dringlichkeit:	—

Zu den zahlreichen, mit dem Klimawandel einhergehenden Herausforderungen, gehören dessen Auswirkungen auf die Infrastrukturen. Denn zunehmende Hitzeperioden, Steinschläge und Felsstürze wirken sich in unterschiedlicher Weise auf Schienen, Strassen, Wasserwege, Gebäude, Kraftwerke etc. aus. Vereinzelt ist dies bereits heute erkennbar: Im Hitzesommer 2018 mussten Güter öfter vom Rhein auf den Zug umgeladen werden, weil der Wasserpegel zu tief war. Diese Entwicklung kann die Schweiz mittelfristig bis zu einer Milliarde Franken pro Jahr kosten. So lautet das Resultat einer Studie, welche das UVEK am diesjährigen Infrastrukturtag in Zürich vorgestellt hat: https://swiss-economics.ch/files/content/dokumente/publikationen/2019_JaagSchnyder_KlimawandelUndInfrastrukturen_UVEK_DE.pdf

Es bestehen zwei Möglichkeiten, die künftigen Kosten des Klimawandels auf die Infrastrukturen zu reduzieren: Erstens den Klimawandel abzuschwächen und zweitens Infrastrukturen mit gezielten Adaptationsmassnahmen auf den Klimawandel vorzubereiten. Im Hinblick auf Letzteres sind der Wissensstand und damit die Handlungsoptionen noch sehr klein. Den Studienverfasser*innen zufolge erfordern zielgerichtete Massnahmen zur Vermeidung oder Bewältigung von klimabedingten Ereignissen und Schäden detailliertere Grundlagenarbeiten zu konkreten Infrastrukturanlagen und den Dienstleistungen, die sie bereitstellen. Dabei muss zwischen den Folgen des schleichenden Klimawandels (langfristige Entwicklungen bzgl. Temperaturen, Niederschlagsmengen etc.) und den Auswirkungen von Extremwetterereignissen (grosse Einzelereignisse wie Überschwemmungen, Stürme etc.) unterschieden werden.

Für Bundesrätin Simonetta Sommaruga ist die Studie ein «Weckruf für Bund, Kantone und Gemeinden». Die Schäden an den staatlichen Infrastrukturen durch den Klimawandel stellten alle drei Ebenen vor neue Herausforderungen. Die Finanzierung der absehbaren Reparatur- und Präventionskosten könne etwa für kleinere Kantone oder Gemeinden zu einem Kraftakt werden.

Vor diesem Hintergrund wird die Regierung beauftragt, eine Strategie zum Umgang mit den Auswirkungen des Klimawandels auf die kantonalen Infrastrukturen zu erarbeiten, welche den schleichenden Klimawandel und Extremwetterereignisse berücksichtigt. Die Strategie soll die Erarbeitung der notwendigen Wissensgrundlagen enthalten, die Umsetzungskosten der entsprechenden Massnahmen quantifizieren und deren Einleitung ermöglichen. Sie soll die Gemeinden soweit möglich und sinnvoll berücksichtigen.